

MEINUNGSBÖRSE

Aufteilung der Heizkosten  
**Fifty-fifty wäre fair**

Hannes Koch

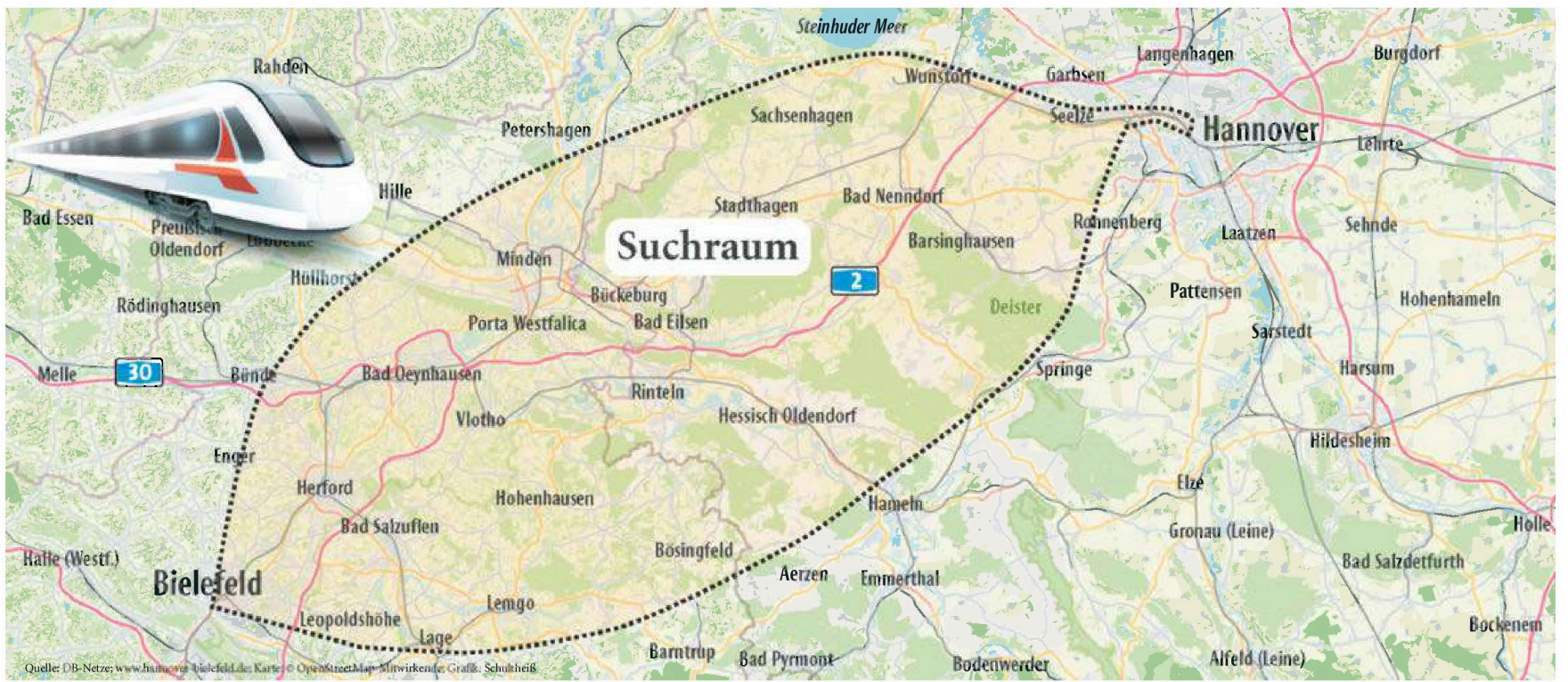


Dafür, wie hoch die Heizkosten für Wohnungen und Gewerbebetriebe ausfallen, sind sowohl die Mieter als auch die Vermieter verantwortlich. Bezahlen müssen bisher aber alleine die Mieter.

Deshalb erscheint plausibel, was Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) sagt: Beide Gruppen sollten jeweils die Hälfte der Zusatzausgaben des neuen Kohlendioxid-Preises tragen. Einerseits handelt es sich bei Heizung und Warmwasser zwar um individuellen Verbrauch, der vom Verhalten der Mieter abhängt. So argumentieren die Union und der Verband der Hausbesitzer. Andererseits werden diese Kosten aber stark davon beeinflusst, wie die Heizung im Haus arbeitet. Ist sie alt oder

neu, läuft sie mit Erdöl oder Ökostrom, ist sie effizient oder nicht?

Über die Art der Anlagen aber entscheiden die Immobilienbesitzer alleine. Deshalb sollten auch sie einen Teil der Heizkosten tragen. Für viele Immobilienbesitzer ist das wohl auch keine Überforderung. Die in Rede stehenden Zusatzbeiträge sind gering. Und zahlreiche Vermieter haben während der vergangenen Jahre von den stark gestiegenen Hauspreisen und Mieten profitiert. Außerdem erscheint es nötig, dass das Preissignal der steigenden Kohlendioxid-Kosten auch bei ihnen ankommt und ihr Interesse verstärkt, eine umweltfreundliche Heizung einzubauen. *hannes.koch@ihr-kommentar.de*



Die Bahnstrecke zwischen Bielefeld und Hannover soll ausgebaut werden. Wo genau die neue Trasse gebaut werden soll, ist noch unklar. Der Trassenverlauf soll sich innerhalb des von der gestrichelten Linie markierten Suchraums befinden. Durch den Ausbau soll auch der ICE (kl. Foto) schneller fahren können. GRAFIK: JÜRGEN SCHULTHEISS

# Große Debatte über ICE-Trassenpläne

Die Deutsche Bahn lädt für den 14. Januar zu einem Auftaktdialog im Internet ein. Sie erwartet einen Ansturm von Teilnehmern. Der Prozess starte bei null, heißt es. Beteiligt sind zahlreiche Prominente.

Matthias Bunge

■ **Bielefeld/Porta Westfalica.**

Der mögliche Neubau einer ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover ist nach dem Lückenschluss der Autobahnen 30 und 33 das nächste große Infrastrukturprojekt, das die Menschen in Ostwestfalen-Lippe bewegt und für heftige Kontroversen sorgt. Viele Bürger machen sich Sorgen, ob ein solches Projekt nicht zu heftig in die Belange des Naturschutzes und ihrer Siedlungsräume eingreift. Es gibt reichlich Gesprächsbedarf.

Diesen greift die Deutsche Bahn, die vom Bund mit der Planung des Großprojekts beauftragt worden ist, auf und startet am Donnerstag, 14. Januar, in einen Dialogprozess mit der Öffentlichkeit. An diesem Tag findet ab 18 Uhr die digitale Auftaktveranstaltung des Dialogs statt; die Bahn rechnet mit großer Beteiligung. „Wir gehen von einer vierstelligen Teilnehmerzahl aus“, sagt ein Bahnsprecher auf Anfrage dieser Zeitung in der Vorschau auf das Ereignis.

Bis zu 5.000 Menschen könnten gleichzeitig an dem digitalen Ereignis teilnehmen, das mit prominenten Experten

aufwartet. Dazu gehören etwa Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Hendrik Schulte, Staatssekretär im NRW-Verkehrsministerium, und Bernd Althusmann, niedersächsischer Minister für Verkehr.

Auch aus der kommunalen Ebene werden vier Vertreter sprechen. Aus OWL sind den Planungen zufolge Redebeiträge von Anna Bölling, Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke, sowie Sonja Gerlach, Bürgermeisterin der Stadt Porta Westfalica, vorgesehen. Dort wird das Eisenbahnbauprojekt besonders heiß diskutiert.

Der Trassenbau könnte eine Summe von rund fünf Milliarden Euro kosten und die

Fahrzeit zwischen Hannover und Bielefeld auf 31 statt wie aktuell 48 Minuten reduzieren. So sehen es Rahmenbedingungen des sogenannten Deutschlandtaktes vor, der den Fahrplan der Zukunft darstellt.

Doch ob es so kommt und wo genau eine neu zu bauende Trasse verlaufen wird, dies alles ist noch unklar, betont der Bahnsprecher. Er sagt: „Unser Planungspapier ist weiß.“ Fünf Trassenentwürfe, die jüngst als Resultat einer Machbarkeitsstudie öffentlich geworden seien, seien „maximal eine erste Orientierung“. Carsten-Alexander Müller als Projektleiter und sein Technikkollege Frank Heuermann, beide von der DB Netz AG, werden bei der digi-

talen Auftaktveranstaltung das Trassenfindungsverfahren vorstellen. Dabei geht es nicht alleine und in erster Linie um eine Beschleunigung des Fernverkehrs der Bahn, wie der Unternehmenssprecher betont. „Ein Ziel ist auch die Stärkung des Nahverkehrs“, versichert er.

Auch die DB-Konzernbevollmächtigte Manuela Herbold (für Norddeutschland) sowie Werner Lübberink (für NRW) werden bei der Auftaktveranstaltung sprechen und die Bedeutung des ambitionierten Bahnbauprojekts erläutern. Fragen der Zuhörer an die DB seien ausdrücklich erwünscht, so der Bahnsprecher. Sie können digital in einem Chat gestellt werden.

Antworten werden entweder sofort, zum Teil später auch im Netz geliefert. Nach dieser Auftaktveranstaltung soll der Dialog mit der Öffentlichkeit in einem Plenum fortgesetzt werden, dessen Teilnehmer, darunter auch Bürgerinitiativen, noch zusammengestellt werden. All das diene einem einzigen Ziel: „Wir wollen damit totale Transparenz herstellen“, wie der Bahnsprecher betont.

Diese Transparenz hatten immer wieder Stimmen aus der Bürgerschaft, aber auch von Umweltverbänden sowie aus der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eingefordert (s. Infokasten).

Zuletzt hatte sich die Bezirkskonferenz Naturschutz in OWL für einen trassennahen Ausbau der Bahnstrecke Bielefeld-Hannover ausgesprochen. Sprecher Karsten Otte appelliert an die Politik, „sich konsequent für einen naturverträglichen, bürgerfreundlichen und zukunftsfähigen Ausbau der Bestandsstrecke einzusetzen“. Der Bahnsprecher sieht in dem Vorhaben wohl nicht zu Unrecht also „ein mega spannendes Projekt“.

Mehr Infos online unter: [www.hannover-bielefeld.de](http://www.hannover-bielefeld.de)

## Schäden durch Stürme und Unwetter nehmen zu

In vielen Regionen ist die Intensität der Naturkatastrophen gestiegen.

Carsten Hoefler

■ **München.** Die weltweiten Schäden wegen Naturkatastrophen sind im vergangenen Jahr gestiegen. Rund um den Globus haben Stürme, Hochwasser, Erdbeben und andere Katastrophen volkswirtschaftliche Schäden von 210 Milliarden Dollar (rund 170 Milliarden Euro) verursacht – nach 166 Milliarden Dollar im Vorjahr. Das haben die Fachleute des Rückversicherers Munich Re für den neuen Naturkatastrophenbericht errechnet.

Besonders schwer getroffen wurden die USA, wo Hurrikane, Serien schwerer Gewitter und Waldbrände allein 95 Milliarden Dollar Schäden anrichteten – sechs der zehn teuersten Naturkatastrophen trafen die Vereinigten Staaten.

Europa kam mit vergleichsweise geringen Schäden von zwölf Milliarden Dollar eher glimpflich davon. Für das Erdbeben in Kroatien am 29. Dezember gibt es noch keine Zahlen, doch dürften die Schäden nach Einschätzung der Munich Re eher begrenzt ausgefallen sein, da die Region um das Epizentrum vergleichsweise dünn besiedelt ist.

„2020 war sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch in der Langzeitbetrachtung ein schadenreiches Jahr“, sagte Ernst Rauch, der Chef-Klima- und Geowissenschaftler des Konzerns. „Damit liegt das vergangene Jahr in einem lang-

fristigen Trend zu höheren Naturkatastrophenschäden, den wir seit Jahrzehnten beobachten.“

Allerdings war 2020 kein Rekordjahr. „2005, 2011 und 2017 hatten wir versicherte Schäden von jeweils über 100 Milliarden Dollar“, sagte Rauch. Wegen Naturkatastrophen verloren auch weniger Menschen ihr Leben: Die Zahl der weltweiten Todesopfer sank von über 9.000 im Vorjahr auf 8.200. „Auch dieser Rückgang ist ein langjähriger Trend“, sagte Rauch.

„Am auffälligsten ist die sehr hohe Zahl der tropischen Wirbelstürme in Nordatlantik“, sagte Rauch. „Wir hatten dort 30 benannte Ereignisse, so viele wie noch nie seit Beginn der regelmäßigen Erfassung vor über 150 Jahren. Eine spannende Frage ist, ob der Weltklimarat IPCC in seinem nächsten Sachstandsbericht die steigende Anzahl der Stürme in einen Zusammenhang mit dem Klimawandel bringt.“

2020 war erneut ein sehr warmes Jahr, die globale Mitteltemperatur lag um etwa 1,2 Grad höher als in den zwei Vergleichsjahrzehnten von 1880 bis 1900 vor der weitgehenden Industrialisierung des Planeten. Die Munich Re dokumentiert globale Naturkatastrophenschäden seit Jahrzehnten, da dies für die Versicherungsbranche bei der Berechnung der Beiträge von großer Bedeutung ist.

## 27 Fragen an die Bundesregierung

◆ Mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung will die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen mehr zum Stand des Trassenbauprojekts zwischen Bielefeld und Hannover wissen. In den insgesamt 27 Detailfragen geht es unter anderem darum, ob

die künftige neue Trasse auch für den Güterverkehr genutzt werden soll, was die fünf bislang diskutierten Trassenvarianten bedeuten und ob die künftige Trasse auch den Jakobsberg bei Porta Westfalica tangieren könnte.

◆ Dazu sagt die Bielefelder

Bundestagsabgeordnete Britta Haßelmann: „Es ist absolut notwendig, dass die Planungen in der Region OWL maximal transparent und unter Beteiligung der Menschen in der Region, der Kommunen und aller Träger öffentlicher Belange erfolgen.“ (bth)

## Fast 200 Banken verlangen Negativzinsen

In der Krise halten viele Menschen ihr Geld zusammen. Doch das zahlt sich nicht unbedingt aus. Immer mehr Kreditinstitute belasten Privatkunden.

Friederike Marx

■ **Frankfurt.** Die Menschen in Deutschland haben im Corona-Jahr 2020 besonders viel Geld auf die hohe Kante gelegt, doch das kann sich zunehmend als Minusgeschäft erweisen. Insgesamt 197 Banken und Sparkassen brummen Privatkunden nach einer Auswertung des Vergleichsportals Verivox inzwischen Negativzinsen vor allem für Tagesgeld auf, meist ab höheren Summen. Allein zum Jahreswechsel führten 24 Kreditinstitute ein Verwahrtgelt ein oder verschärften bestehende Regelungen.

„Die Negativzinswelle rollt mit unverminderter Wucht über das Land“, analysierte Oliver Maier, Geschäftsführer der Verivox Finanzvergleich GmbH. Eine Trendwende sei vorerst nicht in Sicht. „Nach dem historischen Konjunkturerückgang im Zuge der Corona-Pandemie sind höhere Zinsen auf absehbare Zeit kein Thema“, argumentierte Maier – und erwartet, dass viele weitere Banken bald mit Negativzinsen nachziehen.

Das Vergleichsportale wertete die im Internet veröffentlichten Preisaushänge von etwa 800 Banken und Sparkassen aus. Die Angaben beziehen sich auf Tagesgeldkonten. Vereinzelt gilt der Negativzins auch fürs Girokonto.

Geschäftsbanken müssen derzeit 0,5 Prozent Zinsen zahlen, wenn sie überschüssige Gelder bei der Europäischen Zentralbank (EZB) parken. Auch wenn es inzwischen Freibeträge für bestimmte Summen gibt, klagt die Branche über eine Milliardenbelastung. Die Kosten geben im-

mer mehr Banken ganz oder teilweise weiter und berechnen Kunden Negativzinsen.

Aus Sorge vor Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit hielten viele Menschen ihr Geld im Corona-Krisenjahr zusammen, zudem bremsten die Schließungen im Einzelhandel den Konsum.

Die DZ-Bank geht für das Jahr 2020 von einer Sparquote auf Rekordniveau von 16 Prozent aus, der Bankenverband BVR hatte Anfang Dezember sogar einen Wert von rund 17 Prozent prognostiziert. Auf Jahressicht legten die

privaten Haushalte in Deutschland diesen Berechnungen zufolge von 100 Euro verfügbarem Einkommen 16 beziehungsweise 17 Euro auf die hohe Kante. Die bislang höchsten Sparquoten in Deutschland wurden nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes 1991 und 1992 mit jeweils 12,9 Prozent gemessen.

„Allerdings blieben die Mittel größtenteils einfach auf den Girokonten stehen und wurden nicht angelegt“, schrieb DZ-Bank-Ökonom Michael Stappel jüngst. Im Zinstief wüssten viele Anleger „nicht wohin mit freierwerdenden oder neuen Anlagemitteln“. Inzwischen seien mehr als 28 Prozent des gesamten Geldvermögens von geschätzt 7,1 Billionen Euro – also rund zwei Billionen Euro – dauerhaft „zwischengeparkt“, vorwiegend in Form von Sichteinlagen, die bei Bedarf rasch umgeschichtet werden können, wie zum Beispiel Tagesgeld.

Verbraucherschützern zufolge sind Negativzinsen nur zulässig, wenn das Verwahrtgelt explizit vereinbart wurde.



Negativzinsen: Das Geld vieler Kunden wird bei der Bank automatisch weniger. FOTO: IMAGO IMAGES

PERSÖNLICH

Wirtschaftsjunior



Max Rahn, Inhaber und Geschäftsführer des Herforder Unternehmens life is motion, ist neuer Vorstandssprecher der Wirtschaftsjunioren Ostwestfalen. Er übernimmt das Amt von Sarah Kullmann. Die Wirtschaftsjunioren Ostwestfalen wurden 1974 gegründet und haben über 250 Mitglieder und Interessenten. FOTO: IHK

Tarifkritiker



Rainer Dulger (56), Arbeitgeberpräsident, fordert eine grundsätzliche Reform der Tarifverträge. Er sei zwar ein Anhänger der Tarifpartnerschaft, Tarifwerke seien aber häufig zu starr und zu teuer für Unternehmen. Nötig seien mehr Öffnungsklauseln, damit Firmen nicht immer alle Regeln übernehmen müssten. FOTO: DPA

## Deutlich mehr Firmen in der Insolvenz

■ **Halle (dpa).** Die Rückkehr zu den strenger Meldepflichten hat zu einem spürbaren Anstieg der Firmeninsolvenzen in Deutschland geführt. Im Dezember meldeten 921 Personen- und Kapitalgesellschaften Insolvenz an, teilte das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) mit. Das sei ein Drittel mehr als im Schnitt der vorherigen drei Monate und entspreche dem Niveau von Dezember 2019, als es noch keine Corona-Krise gab. Aufgrund der Corona-Pandemie und der zunächst kaum abschätzbaren negativen Folgen für die Wirtschaft hatte die Bundesregierung im Frühjahr 2020 die strengen Meldepflichten für Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit außer Kraft gesetzt. Für Zahlungsunfähigkeit gilt die Antragspflicht seit Oktober wieder, für Überschuldung gibt es noch Ausnahmen.

IWH-Experte Steffen Müller spricht von einem nur moderaten Anstieg. „Eine Insolvenzwelle ist ausgeblieben.“ Er gehe nicht davon aus, dass sich das bis zum Februar ändere.